

Sicherheitspolitik und Friedensbewegung

Autor(en): **Sonderegger, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **31 (1984)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-367265>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vortrag vor der Präsidentenkonferenz des Schweizerischen
Zivilschutzverbandes

Sicherheitspolitik und Friedensbewegung

Prof. Dr. Stefan Sonderegger, Zürich

Das Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik besteht in der Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft (Dissuasion) und Sicherstellung des Überlebens unserer Bevölkerung bei Katastrophen wie auch im Kriegsfall. «Zu dieser Konzeption gibt es keine überzeugenden Alternativen. Der Tatbeweis unserer Sicherheitspolitik besteht im Stand der diesbezüglichen Vorbereitungen. Halten wir daran auch in Zukunft fest.» Diese Meinung vertrat vor der Präsidentenkonferenz des Schweizerischen Zivilschutzverbandes Prof. Dr. Stefan Sonderegger, Brigadier und Chef des Truppeninformationsdienstes der Armee. Sonderegger sprach auf Einladung des SZSV in Bern zum Thema «Sicherheitspolitik und Friedensbewegung». Im Sinne einer Dokumentation bzw. eines Diskussionsbeitrages veröffentlichen wir das Referat von Prof. Sonderegger im Wortlaut.

1. Ein Blick auf die gegenwärtige europäische Lage

«Die gegenwärtige europäische Lage lässt sich zurzeit kurz wie folgt charakterisieren:

Europa erscheint seit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs in zwei Machtblöcke aufgeteilt, so dass wir nicht nur von einem geteilten Deutschland (BRD, DDR), sondern sogar von einem geteilten Europa sprechen müssen. Dabei sind drei Bereiche zu unterscheiden:

1. Die Ostblockstaaten unter der imperialen Führung der Sowjetunion, militärisch durch den Warschauerpakt verbunden, in ständiger Aufrüstung begriffen, mit bedeutender Stationierung von sowjetrussischen Truppen in den sogenannten Satellitenstaaten, durch die Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland, besonders in der DDR.
2. Die westlichen Staaten, teilweise militärisch im Bündnissystem der Nato vereinigt, hierin aber immer wieder mit bedeutenden Divergenzen belastet:
 - Sonderstellung von Frankreich, das sehr auf seine Selbständigkeit pocht;

- Schwierigkeiten mit Griechenland und der Türkei aus innenpolitischen Gründen sowie im Gefolge der Zypern-Krise, bei zunehmender Amerikafeindlichkeit in Griechenland;

- Unsicherheit über die engere Angliederung von Spanien, bei eventueller Volksabstimmung über das Problem;

- Probleme mit der Stationierung von Nuklearwaffen in verschiedenen Staaten im Gefolge der sogenannten Nachrüstung, das heisst des Nachziehens der Nato zum Ausgleich des östlichen Vorsprunges in der nuklearen Rüstung seit dem Herbst 1983.

3. Zwischen Wapa- und Nato-Staaten hat sich eine Art unvollständigen Gürtels neutraler oder blockfreier bzw. neutralistischer Staaten herausgebildet:

- im skandinavischen Nordosten Finnland mit enger Bindung an die UdSSR durch den 1983 vorzeitig erneuerten Freundschaftsvertrag; das neutrale Schweden, das vor enormen Schwierigkeiten der See-, Luft- und Landverteidigung seines grossen Territoriums mit einer kleinen Armee in einem dünn besiedelten Land steht und zurzeit besondere Schwierigkeiten in der Abwehr fremder U-Boote in seinen Territorialgewässern bekundet.

- im alpinen Mitteleuropa Österreich mit einer begrenzten Abwehrkapazität, ausserdem durch den Staatsvertrag in seinen Verteidigungsanstrengungen quantitativ und qualitativ eingeschränkt; die total auf sich selbst gestellte Schweiz, eine Art Igel in Europa mit verhältnismässig grosser Verteidigungskapazität angesichts einer von hoher Abwehrbereitschaft geprägten Armee;

- in Südost-Europa das blockfreie Jugoslawien, dessen zukünftige Stellung aber von der schwer zu beurteilenden Stabilität im Innern abhängig bleibt; das dik-

tatorisch ausserordentlich repressiv regierte Albanien;

- im Westen das innenpolitisch stets aufs neue erschütterte Spanien – mit Bindungen zur Nato – und die Republik Irland, welche in das Problem Nordirland direkt oder zurzeit mehr indirekt verwickelt bleibt.

Betrachtet man die europäische Lage rund um die Schweiz, so ergibt sich das folgende Bild:

- Im Westen steht unabhängig vom Regierungswechsel der ausserordentlich national geprägte französische Staat, der sich militärisch auf seine Force de frappe berufen kann und eine deutliche Verteidigungspolitik staatlicher und nationaler Unabhängigkeit akzentuiert, der Schweiz gegenüber nicht unfreundlich, aber doch sehr reserviert eingestellt.

- Im Süden das sich innenpolitisch stets wieder einigermaßen behauptende Italien, dessen viele Regierungsphasen und Regierungswechsel seit dem Zweiten Weltkrieg trotzdem nie zu einem grundlegenden Kurswechsel geführt haben, jedenfalls nach wie vor Glied der Nato, wenn auch mit begrenzter eigener Widerstandskraft, in einem im wesentlichen unproblematischen Verhältnis zur Schweiz, trotz einiger Gastarbeiterprobleme.

- Im Osten die an nationaler Selbständigkeit erstarkende Republik Österreich, deren Verteidigungsanstrengungen im Rahmen einer im Aufbau begriffenen Raumverteidigung (mit Raumsicherungs- und Schlüsselzonen) zunehmend ernster genommen werden dürfen, mit einem unbelasteten Verhältnis zur Schweiz, welches zudem durch regelmässige Konsultationen auf Regierungsebene gefestigt wird.

- Im Norden die Bundesrepublik Deutschland, welche zurzeit Gefahr läuft, längerfristig zu einem gewissen Unsicherheitsfaktor zu werden in ihrer verschärften Polarisierung eines Zweiparteiensystems zwischen Rechts (CDU/CSU, z. T. FDP) und Links (SPD, Grüne), wobei selbst der sogenannten ausserparlamentarischen Opposition eine real in Erscheinung tretende Wirkung nicht abgesprochen werden kann (man denke an die Belästigung, ja Terrorisierung der Parlamentarier während der Bundestagsdebatte über die Nachrüstung Ende November 1983 in Bonn, wo das Regierungsviertel der Bundeshauptstadt einer befestigten, ja verbarrikierten Stadt gleich).

Was die europäische Friedensbewegung betrifft, haben diese 1983 vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, teilweise auch in den Niederlan-

den, zu Massendemonstrationen kulminiert, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr vorgekommen sind.

„In Deutschland muss man dabei geistig gesehen von einer Krise der Nation sprechen. Dort ist die Friedensbewegung gekoppelt mit dem Zerfall des nationalen Denkens.“

Tatsächlich ist die deutsche Nation im Zweiten Weltkrieg zerbrochen, und die Deutschen in der BRD und in der DDR sind nichts anderes als eine gespaltene, ja bis zu einem gewissen Grad eine von fremden Streitkräften immer noch besetzte Nation – man denke nur an den andauernden Viermächtestatus von Berlin sowie an die militärischen Sperrzonen in beiden deutschen Staaten. So ist bisher auch kein umfassender Friedensvertrag der ehemaligen Kriegsmächte mit den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches nach 1945 abgeschlossen worden. Ein solcher dürfte in unserem Jahrhundert kaum mehr Wirklichkeit werden. Die Friedensbewegung ist aber auch Ausdruck einer in der BRD verbreiteten «Ohne-mich-Stimmung», wie sie im völligen Gegensatz zum politisch und militärisch persönlich engagierten Milizsystem des Schweizlers steht. So bleibt es durchaus unsicher, wie sich die Bundesrepublik Deutschland nach weiteren Wahlen und einem allenfalls erneuten Regierungswechsel sicherheitspolitisch verhalten wird. Bereits wird in der BRD wie in der DDR von einer Neutralisierung Deutschlands

unter sozialistischer Annäherung oder gar zukünftiger Einheit gesprochen, was ganz im Sinne der von namhaften Schriftstellern mitgetragenen Friedensbewegung wäre. Damit könnte Deutschland, diesmal auf dem Weg über einen Frieden um jeden Preis, erneut zum grossen Unsicherheitsfaktor in Europa werden. Denn Friede um jeden Preis bedeutet zurzeit in der BRD gleichzeitig Aufforderung zum zivilen Ungehorsam, Abkehr von Staatsschutz und nationaler Sicherheit sowie Aufweichung der Bündnistreue zur Nato um den Preis einer rosaroten bis roten Zukunft («Lieber rot als tot»), welche erpressbar wird oder in neue Formen totalitären Staatlichkeit – wie in der DDR – ausmündet.

„Psychologisches Hauptmittel der deutschen Friedensbewegung ist die Angst, vor allem die Angstmacherei vor einem Atomanschlag auf Deutschland, den es wohlverstanden ohne militärischen wie ohne zivilen Schutz zu vermeiden gelte.“

Dies bedeutet nichts anders als die Bereitschaft zur vorbehaltlosen Kapitulation gegenüber einem Stärkeren, auch wenn er nur droht. Die Lage in Europa bleibt deshalb unsicher, weshalb man in unserer sicherheitspolitischen Terminologie zu Recht von einem Zustand des nur relativen, das heisst bedrohten Friedens spricht. Auf der einen Seite ist eine enorme Ballung militärischer Kräfte auf europäischem Boden in Ost und West festzustellen, auf der anderen Seite wird die Sicherheitspolitik in den verschiedenen europäischen Staaten zum Teil mit politischen Mitteln – von gewissen Kreisen bis in die Schweiz hinein – in Frage gestellt.

2. Was heisst eigentlich Friedensbewegung?

Die Friedensbewegung stellt ein Sammelbecken ganz verschiedener politischer und apolitischer Gruppierungen dar, welche sich unter dem losen Mantel «Frieden, Weltfrieden» nur uneinheitlich vereinigen lassen, am ehesten noch unter der gemeinsamen Zielsetzung einer Opposition zum Bestehenden. So finden sich in der Friedensbewegung in der Regel Oppositionelle, – welche die durch die Sicherheitspolitik geschützten Werte, vor allem die Freiheitsrechte und die staatliche Unabhängigkeit, nicht gefährdet oder in ihrer Bedeutung relativiert sehen, – oder welche ganz allgemein Befürchtungen und Unsicherheiten im Verständnis der Welt oder der Um-

welt von heute zum Ausdruck bringen möchten,

- oder sogar eine völlig andere Grundhaltung im Gegensatz zur herrschenden politischen Struktur oder zu den Leitlinien der staatlichen Regierungspolitik artikulieren wollen,
- wobei grundsätzlich jede militärpolitische Sicherheitspolitik in Frage gestellt wird, ja diese im Extremfall als Unsicherheitspolitik gebrandmarkt wird
- und nicht selten ökologische oder religiöse Friedensvorstellungen als neue Lösung vertreten werden.

So ist unter der Friedensbewegung eine geistige Extremhaltung von meist nicht pragmatisch-aufbauenden, keineswegs realpolitischen, sondern idealistisch bis religiös ausgerichteten Gruppierungen zu verstehen, deren Ziel eine Art Idealgemeinschaft in Frieden, aber ohne notwendige Sicherheit, im Sinne einer sozialetischen oder gar utopischen Vorstellung von weltweit angestrebter Wirkung ist. Aus dieser nicht realpolitischen, das heisst nicht auf die Kunst des Möglichen ausgerichteten Extremhaltung ergeben sich auch die Gefahren der Friedensbewegung gegenüber dem geltenden Recht im heutigen Staat: vor allem dann, wenn sich der Friedensbewegung – wie das in Westeuropa geschehen ist – eine breite Schicht grundsätzlich Oppositioneller anhängt, die Kreise der Staatsverweigerer, der Dienstverweigerer und Zivilschutzverweigerer, die sogenannte ausserparlamentarische Opposition, bei denen der Hauptantrieb in der Gegnerschaft zum Geltenden, zur persönlichen Verpflichtung im Rahmen der Verfassung liegt. Dann können Friedensbewegungen auf einmal gesteuert werden und zum Mittel der Verunsicherung, ja des mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Umsturzes werden – zu einem Mittel der Politik von der Strasse her, deren Ziel die Zerstörung der bestehenden Institutionen ist.

„In der Friedensdiskussion geht es primär um den politischen Weltfrieden, um die Erhaltung des Friedens und um die Vermeidung eines neuen Weltkrieges oder von Kriegen überhaupt.“

Frieden heisst dabei ein Zustand ohne Krieg zwischen Staaten. Was aber angesichts der Friedensbewegungen klar abzugrenzen bleibt, ist die Tatsache, dass es nicht nur die Alternative Krieg oder Frieden gibt, sondern innerhalb des Friedens die Alternative Friede in Freiheit und Unabhängigkeit gegen-

Mobiliar

für

Zivilschutzanlagen
Militärunterkünfte

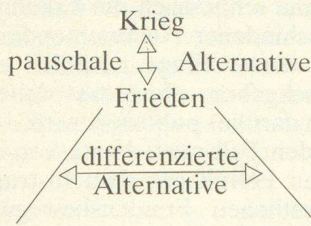
Beratung – Planung – Ausführung

H. NEUKOM AG

8340 Hinwil-Hadlikon ZH

Telefon 01 937 26 91

über dem Frieden in Unterordnung, Unfreiheit oder Befriedung:



- Friede in Freiheit und Unabhängigkeit im Rahmen einer notwendigen Koexistenz
- Friede unter Wahrung der demokratischen Freiheitsrechte und der Menschenrechte
- Friede in Unterordnung, Unfreiheit oder Befriedung
- Friede durch Unterwerfung
- Friede um jeden Preis, selbst um den Preis der Besetzung durch eine fremde Macht

Das Problem liegt in der richtigen Wahl des gesuchten Friedens. Friede in Freiheit und Unabhängigkeit verlangt seinen Preis. Ein sogenannter Friede durch Unterwerfung ist an sich leicht erreichbar, kann aber nicht unser Ziel sein.

So wird vor allem in der Schweiz dem blossen Gerede über den Frieden entgegengehalten, dass Friede allein keine ausreichende Zielsetzung sei. Der politische und sicherheitspolitische Friede, wie wir ihn traditionellerweise in der Schweiz verstehen, gründet auf den folgenden Prinzipien:

erstens auf dem Konsens der Mehrheit, welcher sich die Minderheit beugen muss;

zweitens auf den persönlichen Freiheitsrechten, wie sie die Bundesverfassung jedem einzelnen garantiert; drittens auf der staatlichen, ja föderalistisch-demokratischen Souveränität unseres Landes und seiner Kantone; viertens auf der von den politischen Behörden wie von privaten Gruppierungen unabhängigen Gerichtsbarkeit;

fünftens auf der Glaubens- und Gewissensfreiheit in dieser oder jener Richtung, ohne Auslegung nur nach einer Seite hin;

schliesslich auf dem politisch Machbaren, da sonst ja keine Konsens unseres Volkes zu erreichen wäre.

So ging es in der Schweizer Geschichte seit dem Bundesbrief von 1291 immer um den Frieden in Freiheit und staatlicher wie persönlicher Unabhängigkeit. Die einzigen Einschränkungen sind die Pflichten des Schweizers im Rahmen der Erhaltung dieses Friedens in Unabhängigkeit, wie sie unter anderem in der allgemeinen Wehrpflicht und in der Zivilschutzpflicht zum Ausdruck kommen. Ihre Erfül-

lung kommt im Rahmen unserer Sicherheitspolitik der Erhaltung des Friedens zugute.

„«Friede an sich» gibt es nicht, es gibt nur Frieden in einem bestimmten Kontext oder Umfeld. Diesen Frieden in der Gemeinschaft zu gewährleisten, im Zusammenleben der Menschen im Staat, mit der nötigen Sicherheit gegen aussen, dies ist eine eminent politische Aufgabe.“

Gewiss kann sie durch idealistische oder religiöse Vorstellungen inspiriert werden, keinesfalls aber sind Rechtsordnung im Innern und Sicherheit gegen aussen durch andere Mittel als die politischen zu ersetzen, solange es um unsere Wirklichkeit auf dieser Welt geht. Deshalb ist die Friedenssicherung Aufgabe unserer Sicherheitspolitik, wie sie in der Schweiz seit mehr als zehn Jahren so konstruktiv wie möglich aufgebaut worden ist.

Was die Zusammensetzung der Friedensbewegungen angeht, ergibt sich etwa für die Bundesrepublik Deutschland das folgende Bild:

- (1) Gesinnungspazifisten, das heisst ideologisch erfüllte Gruppen meist religiöser Ausrichtung.
- (2) Angstpazifisten, welche sich durch die gegenwärtige Bedrohungslage zur Flucht in die Friedensbewegung veranlasst sehen.
- (3) Wohlstandspazifisten, welche in der politischen und militärischen Friedenssicherung eine Gefahr ihres satten Behagens erblicken, da sie keine ihren materiellen Wohlstand gefährdende Beeinträchtigungen oder Einschränkungen auf sich nehmen wollen. Nur nichts Unbequemeres – es geht uns ja allen gut, wozu mehr?
- (4) Gelegenheitspazifisten ohne tiefere, eigene Standortbestimmung, die sich bei jeder Gelegenheit von einer Massenbewegung anstecken lassen – die Mitläufer von heute, wie es sie schon damals gab, als es um totalitäre Massenkundgebungen ging.
- (5) Zweckpazifisten, welche sich einem bestimmten politischen Zwecke, zumeist im Dienste Dritter, verschrieben haben, um daraus momentane Vorteile zu erzielen. Dieser Gruppe sind in der Regel die Agitatoren zuzurechnen.
- (6) Sogenannte Wiedervereinigungspazifisten, welche in der Friedensbewegung eine reale Möglichkeit auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten sehen. Dabei muss sofort bedacht

werden, dass eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands staatsrechtlich nur über einen Friedensvertrag mit allen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs möglich wäre – andernfalls nur über einen direkten oder indirekten Krieg mit nachfolgender Besetzung durch die eine oder andere Seite. Zurzeit ist jedenfalls mit keinem dieser Fälle zu rechnen.

Auch in der Schweiz lassen sich die genannten Gruppen – ohne Gruppe 6 – innerhalb der Friedensbewegung feststellen. Mit sachlichen Argumenten sind dabei beschränkt die Gruppen 1, wohl aber 2, 3 und 4 anzusprechen; wenn man ihnen die Angst nehmen, sie vom Sog der Massenbewegung lösen oder isolieren kann und sie umfassend aufzuklären vermag. Doch stösst man bei den ideologisch festgelegten Gruppen in der Regel auf entscheidende Kommunikationsbarrieren.

„Leider sind wir heute auch in der Schweiz bereits so weit, dass das Wort Frieden völlig verschieden gebraucht wird, ja im politischen Umfeld sogar verdächtig wird, wenn es nicht genauer spezifiziert wird: welcher Friede, Friede mit welchen Mitteln, um welchen Preis?“

Je mehr vom Frieden nur gesprochen wird, desto weniger wird für ihn getan. Je mehr für den Frieden nur demonstriert wird, desto grösser wird die Gefahr eines manipulierten Friedens im Dienste kriegerischer Strategien. Hat nicht George Orwell schon 1948 in seiner Zukunftsvision «1984» zur Umwertung der Werte im totalitären Staat gesagt: «Krieg bedeutet Frieden, Unwissenheit ist Stärke, Freiheit ist Sklaverei?»

3. Friedensbewegung – eine Gefahr für unsere Sicherheitspolitik?

Die entscheidende Frage, ob die Friedensbewegung in der Schweiz gegen unsere Sicherheitspolitik ankämpft, muss mit einem Ja beantwortet werden. Allerdings ist dieses Ja differenziert zu beurteilen. Denn einerseits versucht ein Teil der Friedensbewegung nur, unsere Sicherheitspolitik umzupolen, das heisst um weitere Anstrengungen um den Frieden sozusagen «zu ergänzen». Andererseits freilich geht es um die klare und unverblünte Ablehnung unserer Sicherheitspolitik bis hin zur Bekämpfung des Zivilschutzes und zur Forderung nach Abschaffung unserer Armee. So hat beispielsweise die «Grüne Alternative Bern», die sich ausdrücklich mit der

Friedensbewegung verbunden fühlt, Anfang September 1983 im Programm ihrer sogenannten Friedenspolitik als Fernziel die Abschaffung der Armee bekanntgegeben, während für die Bewegung «Frauen für den Frieden» die schweizerische Sicherheitspolitik und ihr Instrument, die Gesamtverteidigung, «keine Antwort auf die Vielfalt der heutigen Bedrohungen» ist (Jahresversammlung August 1983 in Zürich). SPS-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Initiant und erster Präsident des 1945 gegründeten Schweizerischen Friedensrates, spricht in seinen Sieben Gedanken vom Frieden (SPS-Pressedienst vom 28. 9. 1983) ausdrücklich von der totalitären Gefahr der Gesamtverteidigung sowie von der Illusion des Zivilschutzes, wobei er auch die Grenzen der Armee in unserer Kleinstaatlichkeit, in unseren Finanzen, in der Staatsform der Demokratie, in den Freiheitsrechten und selbst im Umweltschutz abstecken will. «Freiheit, die ich meine...» könnte man frei nach Schiller sagen. Viele meinen dabei, es gehe auch ohne ein taugliches Sicherheitsinstrument, ohne damit verbundene Opfer und Pflichten, ohne Unterordnung im Hinblick auf das Gesamtwohl für die Gemeinschaft, sofern dies ihnen nicht ins Konzept passt.

„Jedenfalls hat sich die Friedensbewegung in der Schweiz in den letzten Jahren deutlich und vordergründig gegen unsere Sicherheitspolitik, teilweise auch vehement gegen unsere Armee ausgesprochen. Damit stehen wir vor der paradoxen Situation, dass ausgerechnet die Friedensbewegung, die erklärtermassen den Frieden möchte, eine Friedenssicherung bekämpft, wie sie unsere nationale, vom Bundesrat vertretene und von der Bundesversammlung seit 1973 akzeptierte Sicherheitspolitik anstrebt und bisher schrittweise ständig verwirklicht hat.“

Statt die Sicherheit unserer Nation wird eine internationale Solidarität angestrebt, bei der es gemäss einer Verlautbarung der 1949 gegründeten «Schweizerischen Friedensbewegung» von 1981 (Schweizer Appell für Frieden und gegen den Atomtod) besonders darauf ankomme, sich «gegen den Antikommunismus und den Antisowjetismus in allen ihren Spielarten und Formen» zu «wenden», «da diese sich für die Entfaltung einer grossen, weltweiten Friedensbewegung als besonders schädlich und hinderlich erwiesen haben». Solche wie viele ande-

re Verlautbarungen der Friedensbewegung leisten nicht dem schweizerischen Friedensbegriff in Unabhängigkeit, wohl aber den sowjetischen Befriedungsvorstellungen von Polen bis Afghanistan Vorschub. Die Erhaltung unseres Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit ist nicht eine Sache der internationalen Solidarität – mit wem übrigens unter den vielen Streitenden, ja zurzeit Kriegführenden oder Unterdrückern? –, sondern vor allem Aufgabe einer nationalen Sicherheitspolitik, die sich der diplomatischen oder aussenpolitischen Mittel mit der gebotenen Zurückhaltung eines Neutralen bedient. Es ist eine gefährliche Illusion, wenn nicht ein Denkfehler, zu glauben, Friede und Sicherheit könne ausgerechnet durch die Abschaffung der diesen Frieden und diese Sicherheit gewährleistenden Mittel der Gesamtverteidigung erhalten werden: so wenig wie man behaupten kann, die Abschaffung der Polizei sei der Schlüssel zur Verbrechensbekämpfung. Was die Friedensbewegung bisher grundlegend vernachlässigt hat, ist eine logische Besinnung auf die verwirklichtbaren Mittel, die zu Frieden und Sicherheit führen.

4. Steuerung aus dem Osten

Die Frage nach der Steuerung der westlichen Friedensbewegungen aus dem Osten, von Moskau aus, ist durch verschiedene Studien der letzten Jahre eindeutig nachgewiesen worden.

Ich nenne die Studie «Für Frieden in Freiheit» von Hans Graf Huyn, Mitglied des Deutschen Bundestages in Bonn, vom Mai 1982; die sorgfältig dokumentierten Studien des Zürcher Instituts für politologische Zeitfragen «Sowjetische Friedenskampagne in Europa» I/1982, II/1982, III/1983; Untersuchungen des Schweizerischen Ostinstituts in Bern, darunter die Broschüre von Wladimir Bukowski, «Pazifisten gegen den Frieden, Friedensbewegung und Sowjetunion», Bern 1983; Analysen in den Heften «Information für die Truppe» des Westdeutschen Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn usw.

Ich nenne aber auch das direkte Eintreten für die westeuropäischen Friedensbewegungen in der sowjetischen deutschsprachigen Zeitschrift, «Sowjetunion heute», welche die Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Wien monatlich herausgibt und die auch in der Schweiz verbreitet wird. Darin wurde besonders im Verlauf des Jahres 1983 eine systematische Kampagne zur Stärkung der Friedensbewegungen in Westeuropa und gegen die sogenannte Nachrüstung der Nato be-

trieben, was praktisch in jeder Nummer geschah.

Ich nenne schliesslich die Erkenntnisse verschiedener Nachrichtendienste, welche dieser Frage natürlich ebenfalls nachgehen, ohne dass dabei öffentlich darüber publiziert wird.

Auf jeden Fall muss heute von einer östlichen Politik mit dem Instrument der westlichen Friedensbewegungen gesprochen werden.

Diese Politik hat zum Ziel,

- einen Keil zwischen die Nato-Partner zu treiben und diese in ein Friedenslager der sogenannten friedliebenden Staaten und der USA, welche als Kriegstreiber hingestellt werden (wie auch die gegenwärtige westdeutsche Bundesregierung), aufzuspalten;

- die Wahlen in Europa wie in den USA (Präsidentschaftswahl im November 1984) zu beeinflussen;

- die Weltöffentlichkeit durch eine weltweite Friedensbewegung einzuschläfern, wodurch vor allem die ständig weiter betriebene Aufrüstung der Sowjetunion und ihrer Satelliten verschleiert werden soll;

- ausserdem jede westliche Nachrüstung zu torpedieren.

Die Aktionen im einzelnen werden auf dem Hintergrund des realen Rüstungs- und Machtszenarios der UdSSR zunächst sichtbar mit dem politischen Droharm auf der diplomatischen Bühne (Politik gegen die Nachrüstung zur Beeinflussung von Wahlen im Westen), nur teilweise sichtbar mit dem sogenannten Friedensarm der Verunsicherung (gesteuerte bis beeinflusste Friedensorganisationen), schliesslich meist unsichtbar mit dem Spionagearm der Diplomatie und des Geheimdienstes koordiniert, wobei im eigenen Bereich keine oder nur politisch streng kontrollierte Friedensbewegungen geduldet sind. So weiss man heute, dass der Weltfriedensrat und viele weitere ähnliche Organisationen wichtige Propagandainstrumente Moskaus zur Durchsetzung seiner Ziele vor allem in den industrialisierten Ländern des Westens sind.

5. Sicherheitspolitik kontra Friedensbewegung?

Es müsste nicht so sein, wenn dem nicht so wäre. Die Unterschiede zwischen unserer Sicherheitspolitik und der Friedensbewegung sind freilich mehr von der Friedensbewegung als von den Vertretern unserer Sicherheitspolitik abgesteckt worden. Denn

„unsere Sicherheitspolitik hat nie die Friedenssicherung verleugnet, wohl aber hat die Friedensbewegung stets unsere Sicherheit vernachlässigt: etwas Konkretes, Verwirklichtes für unsere Sicherheit hat sie jedenfalls bisher nicht vorgebracht.“

Ihr Hauptanliegen besteht aus Kritik ohne geeignete Neuvorschläge.

So liegen die Unterschiede zwischen Sicherheitspolitik und Friedensbewegung vor allem im vagen, utopischen, sogenannt weltweiten oder einseitig religiös bis idealistisch verstandenen Friedensbegriff dieser Bewegung, mit dem sich im Hinblick auf eine Kriegsverhinderung für die Schweiz keine wirklichkeitsnahe Sicherheitspolitik machen lässt.

Denn Kriegsverhinderung erheischt Sicherheitsmittel, effektive Friedenserhaltung schliesst Schutz für die Zivilbevölkerung, wirtschaftliche Kriegsvorsorge sowie militärische Abwehrbereitschaft ein, wenn man die tatsächliche Bedrohung realistisch analysiert. So lange uns am Fortbestand unseres Landes irgend gelegen ist, haben wir auch die Erfordernisse seiner Sicherheit wahrzunehmen. Wer vom Frieden redet, lasse Taten sprechen. Friedensdemonstrationen sind noch keine Taten. Oft genug sind sie Ausdruck einer ungezügelter Ohnmacht oder einer Opposition gegen die koordinierenden und ordnenden Massnahmen unserer vorausschauenden Behörden. Die extremen Kreise der Friedensbewegung mit ihrer Verketzerung unseres Zivilschutzes und dem lautstarken Ruf nach Abschaffung der Armee wollen unsere Sicherheitspolitik dadurch zu Fall bringen, indem sie die dafür aufgebauten Mittel, unsere Gesamtverteidigung, zerstören wollen. Dabei wird selbst vor dem Argument nicht zurückgeschreckt, ein ausgebauter Zivilschutz erhöhe die Gefahr eines atomaren Angriffes durch einen Gegner. Warum eigentlich? Weil man dann nicht gleich jeder Erpressung nachgebe! Das ist die neue Logik einer bedingungslosen Kapitulation, welche zur Demontage jeder Eigenständigkeit führt. Schliesslich verweigert man auch nicht eine medizinische Impfung mit dem Hinweis, damit steige die Gefahr, man könne eine Krankheit dadurch besser überstehen.

Damit ist auch bereits angetönt, was wir der Friedensbewegung entgegenzuhalten haben: nichts anderes als das Festhalten an unserer Sicherheitspolitik und ihrem Instrument, der Gesamtverteidigung. Darin liegt, entgegen

den der Behauptungen der Friedensbewegung, nichts nur oder rein Militärisches und überhaupt nichts Militaristisches beschlossen. Vielmehr geht es um das Bestreben, alle zivilen, diplomatischen und militärischen Mittel so einzusetzen, dass der Weiterbestand unserer Nation in Freiheit und Selbstbestimmung auch in Zeiten erhöhter Gefahr gewährleistet bleibt. Wer könnte uns dies im Ernst verwehren? So heisst es auch im Zweckartikel unserer Bundesverfassung (Art. 2) unter anderem: «Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes gegen aussen», wobei selbstverständlich die militärischen Massnahmen der politischen Entschlussfassung untergeordnet bleiben.

Aufs neue darf auf die Zweikomponentenstrategie unserer Sicherheitspolitik hingewiesen werden, welche einerseits alle diplomatischen wie politischen Massnahmen zur allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbekämpfung einsetzt, andererseits eine wirkungsvolle Dissuasion, mit andern Worten die Kriegsverhinderung durch unsere Verteidigungsbereitschaft, betreibt.

„Ich könnte mir allerdings eine Friedensbewegung denken, die sich hinter unsere nationale Sicherheitspolitik stellt. Dann müsste sie freilich ihrer internationalen Bindungen, besonders in Richtung Osten, völlig entsagen und sich einmal bescheiden darauf besinnen, was wir hier und jetzt in der Schweiz und im Hinblick auf unseren Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit tun können.“

Die Schweizer Wehrmänner verstehen sich als Soldaten des Friedens, jedenfalls der Friedenserhaltung für unser Land, weil die Schweiz von sich aus keinen Krieg will und unsere Armee einen Krieg lediglich zur Abwehr eines Angreifers von aussen im eigenen Land führt. Den Zivilschutz als Illusion zu verniedlichen oder als Instrument des totalen Krieges zu brandmarken, ist eine grenzenlose Verkenning seiner Ziele zum tatsächlichen Schutz der Bevölkerung wie seiner allgemein anerkannten Wirkung. Bisher hat die Friedensbewegung ihren Kampf für den Frieden fast nur mit Schlagworten geführt. Dem steht das durch unsere Sicherheitspolitik im Rahmen der Gesamtverteidigung tatsächlich Erreichte als realer Gegenwert gegenüber. Daran ist auch in Zukunft festzuhalten.

Noch ein Wort zur immer wieder beschworenen Atomangst, deren sich

vor allem der Osten in seinem psychologischen Kampf gegen den Westen bedient. Die Friedensbewegung schlägt auf die gleiche Pauke. Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die beiderseitige Atomrüstung in Ost und West in den letzten Jahrzehnten das Gleichgewicht der Mächte auf der strategischen Ebene so sehr bestimmt hat, dass es nicht zu einem neuen Weltkrieg seit 1945 gekommen ist. Differenzierter muss die atomare Gefahr für die Schweiz analysiert werden. Hier gilt es, der allgemeinen Angstmacherei mit folgenden Gesichtspunkten entgegenzutreten:

(1) Ein ungewollter Atomkrieg ist grundsätzlich kaum möglich, da entsprechende Sicherheitssysteme international eingespielt und vorhanden sind. Dies hat insbesondere eine Studie des Zürcher Politologen Professor Daniel Frei nachgewiesen, wie sie im Auftrag der Vereinten Nationen in Ost und

Politica di sicurezza e movimenti per la pace

Lo scopo della prontezza svizzera alla difesa consiste nell'evitare la guerra attraverso la dissuasione e la garanzia della sopravvivenza della nostra popolazione in caso di catastrofi o di guerra. «Non vi sono alternative convincenti di questa concezione. La prova della nostra politica di sicurezza risiede nello stato delle relative preparazioni. Dobbiamo anche in avvenire attenerci a questo principio.» E l'opinione espressa davanti la Conferenza dei presidenti dell'Unione svizzera per la protezione civile dal prof. dott. Stefan Sonderegger, brigadiere e capo dell'Ufficio informazione alla truppa, dell'esercito svizzero. All'importante domanda a sapere se i movimenti per la pace in Svizzera siano contrari alla nostra politica di sicurezza, deve essere risposto con un sì, ha dichiarato Sonderegger, nel corso della sua relazione. Tale si deve tuttavia essere valutato in modo differenziato. Poiché da un canto, una parte del movimento per la pace tenta soltanto di invertire i poli della nostra politica di sicurezza, vale a dire che cerca di «completarla» con altri sforzi in vista della pace. D'altro canto si tratta però del chiaro e risoluto rifiuto della nostra politica di sicurezza, fino a lottare contro la protezione civile, sino a porre l'esigenza dell'abolizione dell'esercito svizzero. Secondo il prof. Sonderegger, i movimenti per la pace non possono essere combattuti se non con la fedeltà assoluta alla nostra politica di sicurezza e al suo strumento, la difesa integrata. Si tratta unicamente di adoperare tutti i mezzi di cui disponiamo – civili, diplomatici e militari – in modo tale che la sopravvivenza della nostra Nazione sia assicurata anche in periodo di pericolo acutizzato, così ritiene Sonderegger.

West durchgeführt worden ist (Kurzfassung Daniel Frei, Der ungewollte Atomkrieg, Eine Risiko-Analyse, München, Verlag C. H. Beck, 1983).

- (2) Ein strategischer Nuklearkrieg zwischen den Grossmächten ist mit grossen gegenseitigen Zerstörungsrisiken als Folge der vorhandenen Vergeltungskapazität auf beiden Seiten verbunden und deshalb wenig wahrscheinlich.

(3)

„Der Einsatz von taktischen A-Waffen in Europa ist möglich: er würde aber primär die ersten operativen Ziele betreffen, welche nicht in der Schweiz liegen, sondern in der Tiefe des panzergängigen europäischen Durchmarschraumes und seiner Flanken.“

Wegen der damit verbundenen Gefahr einer atomaren Eskalation ist aber auch ein solcher Einsatz nicht ohne weiteres anzunehmen.

- (4) Je grösser unsere eigene Abwehrkapazität durch unsere Armee ist, desto kleiner ist die Gefahr einzuschätzen, dass Drittmächte bei einem Angriff auf die Schweiz einen Gegner von sich aus atomar stoppen wollen, da die Schweizer Armee durchaus in der Lage ist, einen feindlichen Durchmarsch durch unser Land zu verhindern.

Was wir indessen so oder so vorsehen müssen, sind Schutzmassnahmen gegen Auswirkungen von Nuklearexplosionen im Ausland, ferner die Vorkehrungen gegen chemische und biologische Kriegführung. Deshalb wie aus allgemeinen Sicherheitserwägungen heraus sind alle Schutzmöglichkeiten vorzuziehen. Zivilschutz und AC-Dienst der Armee sind wirkungsvolle Abwehrmassnahmen im Atomzeitalter. In dieser Hinsicht sind wir besser vorbereitet als alle Nachbarstaaten. Ausserdem verfügen wir über eine weitgehend atom sichere Infrastruktur (Kommandoposten, Befehlszentralen, Festungen, Truppenunterstände, Zivilschutzanlagen, Vorratsstollen usw.). Wir stehen nun einmal im Atomzeitalter. Atomangst nützt nichts. Die Schweiz ist nicht primär durch Atomwaffen bedroht. Schutzmassnahmen sind möglich. Schutz schafft Vertrauen. Auch hierin ist unsere Sicherheitspolitik auf dem richtigen Weg.

6. Gibt es Alternativen zu unserer Sicherheitspolitik?

Gerade von der Friedensbewegung und von den ihr nahestehenden Krei-

sen wird immer wieder behauptet, die schweizerische Sicherheitspolitik sei zu einseitig auf die militärische Abwehr bzw. auf den Schutz der Bevölkerung bei Kriegs- oder Katastropheneinwirkungen ausgerichtet und es fehle ihr die aufbauende Friedenskomponente. Extremere Bewegungen meinen sogar, es gebe Friedensstrategien durch Gewaltverzicht. Auch diese Frage hat der Zürcher Politologe Professor Daniel Frei in einer 1983 erschienenen Arbeit untersucht (Friedenssicherung durch Gewaltverzicht? Eine kritische Überprüfung alternativer Verteidigungskonzepte, Verlag SOI, Bern 1983).

Er weist dabei die Gefahren einer einseitigen Abrüstung nach (vor allem mangelnde Demonstrationkraft, fehlender Demonstrationseffekt) und zeigt die Lücken in der Theorie der sogenannten sozialen Verteidigung auf, deren brüchige Wirksamkeit von vielen nicht voraussehbaren Prämissen abhängt. Denn die blossе Aussicht auf Verweigerung des Nutzens von seiten der Bevölkerung gegenüber einem Besetzer hat einen solchen noch nie abgehalten, ein Land wirklich in Besitz zu nehmen. Dies lehrt gerade die Geschichte des 20. Jahrhunderts, die voll von aggressiven Unterwerfungen kleinerer Völker durch Grossstaaten ist.

Auch was die militärische Seite unserer Sicherheitspolitik betrifft, spielt man gerne mit dem Gedanken an andere Konzepte; man denke an das Schlagwort «keine Grossmachtarmee im Taschenformat», wie es bei der Frage um das Rüstungsreferendum wieder aufgetaucht ist. Dabei geht es um eine Kleinstaatsarmee mit den notwendigen modernen Mitteln, wie sie selbst zur Führung eines Abwehrkampfes heute unabdingbar sind.

„Sicherheitspolitik hat zum Ziel, einen Krieg um unser Land, in unserem Land zu verhindern.“

Ein potentieller Gegner wird dabei fünf Gesichtspunkte in Rechnung stellen:

- (1) Stand des Zivilschutzes: Kann die schweizerische Bevölkerung überleben, oder ist sie schon durch blossе Drohung erpressbar?
- (2) Verfügen Armee und Bevölkerung über einen echten Widerstandswillen (Einschätzung von Wehrwille, Kampfwille, Widerstandskraft)?
- (3) Ist die schweizerische Armee schlagkräftig genug (Einschätzung

von Ausbildung, Ausrüstung und Feuerwirkung)?

- (4) Wie steht es mit dem schweizerischen Gelände (Einschätzung unseres starken Geländes und der von uns vorgesehenen Zerstörungen)?
- (5) Ist mit einem kurzen oder langfristigen Kampf zu rechnen (Einschätzung unseres langandauernden Widerstandes mit der Möglichkeit, grössere Teile unseres Landes zu behaupten; Ausmass unserer Zerstörungsführung, Beurteilung unserer Vorratshaltung und Selbstversorgung).

Wenn alle diese Gesichtspunkte zu unseren Gunsten beantwortet werden müssen, dann haben wir das Ziel unserer Sicherheitspolitik erreicht: Kriegs-

Politique de sécurité et mouvement pacifiste

hwm. La préparation de la défense suisse a pour objectif d'empêcher la guerre par la volonté de défense (dissuasion) et la garantie de survie pour notre population en cas de catastrophe comme en cas de guerre. «Il n'existe pas d'alternative à cette conception. Notre politique de sécurité se concrétise par l'état des mesures prises à cet égard. Et nous devons également maintenir cette option dans l'avenir.» C'est le professeur Stefan Sonderegger, brigadier et chef du service de renseignement de la troupe, qui émit cette opinion devant la Conférence des présidents de l'Union suisse de la protection civile. A la question de savoir si le mouvement pacifiste existant en Suisse s'opposait à notre politique de sécurité, il convient de répondre par l'affirmative, expliqua entre autres au cours de son exposé le professeur Sonderegger. Toujours est-il qu'il serait bon, selon lui, de nuancer cette réponse. En effet, d'un côté, une partie des militants du mouvement pacifiste tente seulement d'apporter un pendant à notre politique de sécurité, autrement dit de la «compléter» en quelque sorte par d'autres efforts de paix. D'un autre côté, il s'agit pour nombre de pacifistes d'un refus clair et net de notre politique de sécurité, allant pour certains jusqu'à une remise en question de la protection civile et l'exigence d'une suppression pure et simple de notre armée. De l'avis du professeur Sonderegger, nous ne pouvons rien faire d'autre qu'opposer au mouvement pacifiste le maintien de notre politique de sécurité et de son instrument, la défense générale. Il s'agit pour nous essentiellement de mettre en œuvre tous nos moyens civils, diplomatiques et militaires afin de garantir la subsistance de notre nation dans la liberté et l'autodétermination et ce, même dans des périodes de danger accru, estima le professeur Sonderegger.

verhinderung durch Verteidigungsbe-
reitschaft (Dissuasion) und Sicher-
stellung des Überlebens unserer Bevölke-
rung bei Katastrophen wie auch im
Kriegsfall.

Zu dieser Konzeption gibt es keine
überzeugenden Alternativen. Der
Tatbeweis unserer Sicherheitspolitik
besteht im Stand der diesbezüglichen
Vorbereitungen.

Halten wir daran auch in Zukunft
fest.»

Literaturhinweise (über die im Text vermittelten Angaben):

- *Gustav Däniker, Armin Halle, Heinz Tiede*,
Waffen für den Frieden, Sicherheitspolitik
und Wehrtechnik (Seewald Verlag, Stuttgart
1982).
- *Hans Rapold*, Frieden wagen – Frieden si-
chern? Zur Diskussion über Sicherheit und
Abrüstung (Verlag SOI, Bern 1982).
- Friedenswahrung als Ziel der schweizeri-
schen Sicherheitspolitik, Beilage zur «Allge-
meinen Schweizerischen Militärzeitschrift»
ASMZ Nr. 10/1982 (Verlag Huber, Frauen-
feld 1982).
- Friedensbewegung und Sicherheitspolitik,
Rat für Gesamtverteidigung, Bern, Sommer
1983.

Beispiele aus unserem Notfallprogramm:

Notfallgeräte

- Notfallkoffer
- Katastrophenkoffer



LAERDAL

Übungspuppen und -geräte



fricar

FRICAR AG

Förrlibuckstrasse 30, 8031 Zürich, Telefon 01 42 86 12

Informations-Gutschein

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

senden an Fricar AG, Postfach, 8031 Zürich

Ich interessiere mich für

- Prospekte/Preisunterlagen
- Demonstration
- Medizinische Absaugpumpen, Inhalationspumpen
- Beatmungs-, Wiederbelebungs- und Notfallgeräte
- Übungsgeräte und Lehrmaterial für Erste-Hilfe-Unterricht
- Schaufelbahnen, Vakuum-Matratzen, Vakuum-Kissen
- Sauerstoffspender

Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié –
caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc.
Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime.

Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021/32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Oberhasli ZH, Gordola TI

KRÜGER